

## Postulat David Böhner (AL), Matteo Micieli (PdA): Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern; Fristverlängerung

Das nachfolgende Postulat wurde am 13. März 2025 vom Stadtrat mit SRB 2025-56 erheblich erklärt.

### Prüfauftrag

Die Stadt Bern soll allen Schüler\*innen der Unter-, Mittel und Oberstufe ein Bernmobil-Abo der Zone 1-2 kostenlos zur Verfügung stellen. Der Gemeinderat wird aufgefordert die Kosten und Umsetzung dieses Postulats zu berechnen und zu prüfen und dem Stadtrat ein entsprechendes Geschäft vorzulegen.

### Begründung

Das Klimareglement der Stadt Bern betont die Notwendigkeit, das Umweltbewusstsein zu schärfen und nachhaltige Mobilitätsformen zu fördern. Kostenloser ÖV für alle Schüler\*innen der Unter-, Mittel- und Oberstufe könnte dazu beitragen, bereits in jungen Jahren ein Bewusstsein für umweltfreundliche Verkehrsmittel zu schaffen und die Nutzung des ÖVs als bevorzugte Mobilitätsform zu etablieren. Dazu kommt, dass die Familienbudgets der Erziehenden entlastet werden können und die Kinder in der Stadt Bern auch für ihre Freizeitaktivitäten sichere Verkehrswege nutzen können. In der Stadt Freiburg können Schulkinder seit dem Jahr 2020 auf städtischem Gebiet gratis den ÖV benutzen. Die Umsetzung in Bern könnte ähnlich wie in Freiburg erfolgen.

Bern, 27. Juni 2024

*Erstunterzeichnende:* David Böhner, Matteo Micieli

*Mitunterzeichnende:* Raffael Joggi, Szabolcs Mihályi, Nicole Silvestri, Dominic Nellen, Nora Krummen, Judith Schenk, Cemal Özçelik, Barbara Keller, Bettina Stüssi, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Lukas Wegmüller, Emanuel Amrein, Mehmet Özdemir, Bernadette Häfliger, Sofia Fisch, Paula Zysset, Michael Burkard, Nora Joos, Anna Jegher, Mahir Sancar, Tanja Miljanovic, Mirjam Roder

### Antwort des Gemeinderats

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort vom 18. Dezember 2024 dargelegt hat,<sup>1</sup> erachtet er es aus umwelt-, klima- und sozialpolitischen Gründen grundsätzlich als zielführend und angebracht, die ÖV-Benützung insbesondere auch bei jungen Menschen zu fördern. Die Stadt übernimmt z.B. bereits heute die Kosten für ein ÖV-Abonnement, wenn der Schulweg eines Kindes oder eines Jugendlichen hinsichtlich Länge, Höhenunterschied und Beschaffenheit als unzumutbar beurteilt wird. Darüber hinaus wird Beziehenden einer AHV-Rente in Kombination mit Ergänzungsleistungen oder einer IV-Rente mit/ohne Ergänzungsleistungen der Bezug eines vergünstigten ÖV-Abonnements ermöglicht.<sup>2</sup>

Der Gemeinderat lehnt einen flächendeckenden Gratis-ÖV für Schulkinder ab. Einerseits wären damit jährliche Kosten von rund 6,5 Mio. Franken verbunden, was er angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt nicht für verantwortbar hält. Andererseits würde eine solche weitreichende Massnahme zu überfüllten Bussen und Trams führen. Eine generelle Verbilligung der ÖV-Abos für Schulkinder müsste zudem ein gewisses Mindestmass erreichen, um wirksam zu sein: Bei einer 50%igen

<sup>1</sup> <https://stadtrat.bern.ch/de/dokumente/77501e012b0043f5a7704c34319cef58-332>

<sup>2</sup> <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/tvs/verkehrsplanung/fachstelle-offentlicher-verkehr/verguenstigung-von-libero-abonnementen-fuer-iv-iv-el-und-ahv-el-beziehende>

Reduktion der Abonnemente wäre nach groben Schätzungen mit jährlichen Kosten von rund 0,8 Mio. Franken zu rechnen. Neben haushälterischen Überlegungen erachtet der Gemeinderat eine solche generelle Verbilligung nach dem Giesskannenprinzip sozialpolitisch nicht als sinnvoll. Vielmehr sollen die städtischen Mittel gezielt eingesetzt werden, um einen Nachteilsausgleich zu erzielen. Das Zurücklegen von Schul- und Freizeitwegen zu Fuss oder mit dem Velo fördert die Pflege sozialer Kontakte, die Entwicklung der Selbständigkeit und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dies wichtigen Erfahrungen sollen nicht gefährdet werden. Der Abbau von preislichen Hürden beim Zugang zum ÖV kann aber einen wesentlichen Beitrag zur Chancengerechtigkeit und Reduktion sozialer Ausgrenzung leisten, indem die gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von der finanziellen Situation der Familie erleichtert wird. Denn gerade für die Wege zu Angeboten im Kultur-, Sport-, oder Freizeitbereich ist die Möglichkeit, den ÖV für die Überbrückung dieser längeren Distanzen in Anspruch nehmen zu können, für Kinder und Jugendliche von hoher Bedeutung.

Aus all diesen Gründen ist der Gemeinderat bereit, geeignete Massnahmen für eine klima- und sozialpolitisch *gezielte* Verbilligung der Libero-Abonnemente für Kinder und Jugendliche zu prüfen. Hierbei hat sich gezeigt, dass eine Lösung, welche beim Besitz einer KulturLegi als Kriterium ansetzt, zielführend sein könnte, da über dieses Kriterium gezielt die Abos von Schulkindern aus einkommensschwachen Verhältnissen vergünstigt werden können. Bei der KulturLegi der Caritas handelt es sich um einen etablierten Ausweis, den Erwachsene und Kinder ab fünf Jahren aus Haushalten mit knappem Budget für Vergünstigungen in unterschiedlichen Bereichen einsetzen können. So soll deren soziale Teilhabe ermöglicht werden. Die KulturLegi ist bereits Voraussetzung für Vergünstigungen bei anderen städtischen Angeboten, etwa in Hallenbädern oder für den Zugang zur städtisch finanzierten Wohnberatung. Die Anzahl Kinder und Jugendliche im Schulalter zwischen 6 und 16 Jahren, die grundsätzlich einen Anspruch auf die KulturLegi haben und in der Stadt Bern wohnhaft sind, wird auf rund 2'300 Personen geschätzt.<sup>3</sup> Das ist ungefähr jede fünfte Person in dieser Altersgruppe.

Im Fokus der Lösungssuche steht die Vergünstigung des Libero-Jahresabonnements für die Tarifzonen 100, 101. Dieses sollen anspruchsberechtigte Schulkinder resp. deren Eltern gegen Vorweisen einer persönlichen KulturLegi sowie einer Wohnsitzbestätigung am Verkaufsschalter von BERNMOBIL erwerben können. Die Höhe der Vergünstigung für das Jahresabo müsste so angesetzt werden, dass sie bei den betroffenen Haushalten auch eine spürbare Entlastung des Familienbudgets bewirken kann.

#### *Weiteres Vorgehen*

Der Gemeinderat wird im Rahmen der anstehenden Aufgabenpriorisierung prüfen, ob und in welchem Ausmass er eine gezielte Verbilligung von ÖV-Abonnementen von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien einführen will. Diese Entscheidung wird er spätestens im Rahmen der Erarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans 2028–2031 fällen. Vorliegend beantragt er deshalb für die Erarbeitung des Prüfungsberichts eine Fristverlängerung bis Mitte 2027.

#### *Folgen für Personal und Finanzen*

Je nach Ausgestaltung der Vergünstigung wären damit jährliche Ausgaben zwischen rund Fr. 50 000.00 und Fr. 150 000.00 verbunden. Diese Mittel müssten als neue Aufgabe im Aufgaben- und Finanzplan 2028–2031 eingestellt werden.

---

<sup>3</sup> ausgehend von Informationen des Amtes für Sozialversicherungen des Kantons Bern

**Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 30. Juni 2027 zu.

Bern, 11. März 2026

Der Gemeinderat